

Falls Sie zum Jahreswechsel Gäste zu Besuch hatten, haben Sie ihnen vielleicht die Schönheiten Ihrer Stadt gezeigt. Das war allerdings unvorsichtig, denn eigentlich braucht man dafür eine amtliche Berechtigung. Nur wer eine Prüfung gemäß § 108 der Gewerbeordnung ablegt (was man dafür können muss, steht in der Norm CEN 13809), darf »die historischen Reichtümer und das künstlerische und kulturelle Erbe Österreichs« herzeigen und dabei »die gesellschaftliche, soziale und politische Situation« erklären.

Falls Sie wandern waren, macht das die Sache nicht besser, denn auch für das »Führen von Gruppen im alpinen Gelände« gibt es zahlreiche Bestimmungen, und zwar recht unterschiedliche für jedes Bundesland.

Österreich, das Land der ungezügelt Reglementierungslust.

Zugegeben, die genannten Vorschriften gelten nur, wenn man das Herumführen von Touristen oder Bergfexen gegen Geld betreibt, aber sobald es sich um etwas größere Gruppen handelt, setzen sich auch Privatpersonen schnell diesem Verdacht aus. Denn selbstverständlich werden diese Regeln durch ein Heer von Inspektoren überwacht. Gefühlt war das halt schon immer so. Das Klagen über die Bürokratie ist eine Grundkonstante der öffentlichen Diskussion. Weshalb noch jede Regierung der letzten Jahrzehnte das Versprechen des Bürokratieabbaus in ihr Koalitionsprogramm aufgenommen hat.

Zum Jahresbeginn 2025 scheint das Thema allerdings zu eskalieren. Das haben jedenfalls die Expertinnen und Experten der *Arena Analyse 2025 – Bürokratie, aber besser* beobachtet. Der Umgang mit Regulierung wird eine der großen politischen Herausforderungen der nächsten Jahre. Der Druck wächst, vor allem bei den Vertretern der Wirtschaft hat der Ruf nach Entlastung von immer neuen Auflagen bereits drohende Töne angenommen. »Kann sich unser Standort das noch leisten?«, fragte die Wirtschaftskammer Österreich anlässlich eines Symposiums im Dezember. Die Industriellenvereinigung (IV) rechnet vor, dass nicht weniger als 3,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Erfüllung von bürokratischen Berichtspflichten verplempert werden. Wenn das so weitergeht, so die Warnung von IV-Präsident Georg Knill, drohe eine fortschreitende Deindustrialisierung. Knill erhält Schützenhilfe von Monika Köppl-Turyna, der Direktorin des Thinktanks EcoAustria: »Jeder Euro, der für Bürokratie draufgeht, ist ein Euro, der nicht in Innovationen oder nachhaltige Transformation fließen kann.«

Das Dilemma: Regularien sind meist aus guten Gründen entstanden

Der ehemalige Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, hat im vergangenen Jahr einen Bericht zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft vorgelegt. Auch da lautet einer der Kernsätze: Bürokratische Auflagen sollen um ein Viertel verringert werden, für Klein- und Mittelunternehmen sogar um 50 Prozent.

Es sind nämlich nicht zuletzt Rechtsakte der EU, die das Fass zum Überlaufen gebracht haben: Dank der »Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen« (CSRD) aus dem vergangenen Juni müssen Firmen genau Buch führen über die ökologischen, sozialen und sonstigen Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit.

Dazu kommen die Lieferkettenrichtlinie (Standards für Zulieferbetriebe auf der ganzen Welt), die Entwaldungsverordnung (kein Holz aus geschützten Wäldern) und die Taxonomieverordnung (eine aufwendige Dokumentation für Anleger, welche Aktien oder Fonds als nachhaltig gelten dürfen). Die Bauwirtschaft muss sich mit Regeln über das Recycling von Baumaterial herumschlagen und überdies noch mit der Gebäuderichtlinie (Häuser sollen klimaneutral werden). Überall sind Nachweise, Aufzeichnungen, Berichtslösungen fällig.

Doch beim näheren Blick auf diese Liste kommt der antibürokratische Unmut ins Stocken. Waren das nicht alles Forderungen der Zivilgesellschaft als Reaktion auf langjährige Missstände? Mit diesen EU-Gesetzen soll doch die Abholzung der Tropenwälder zur Herstellung europäischer Billigmöbel ebenso gestoppt werden wie die Vergiftung von Flüssen in Bangladesch durch die Produktion von Wegwerftextilien oder die Kinderarbeit im Kongo beim Schürfen der Mineralien für unsere Handys. Nehmen wir das jetzt alles wieder in Kauf, weil sich Europa den Kampf dagegen »nicht mehr leisten« kann?

Hier tut sich ein Dilemma auf. Regularien sind meist aus gutem Grund entstanden, das ursprüngliche Ziel steht fast immer außer Streit. Aber aus der guten Absicht erwachsen

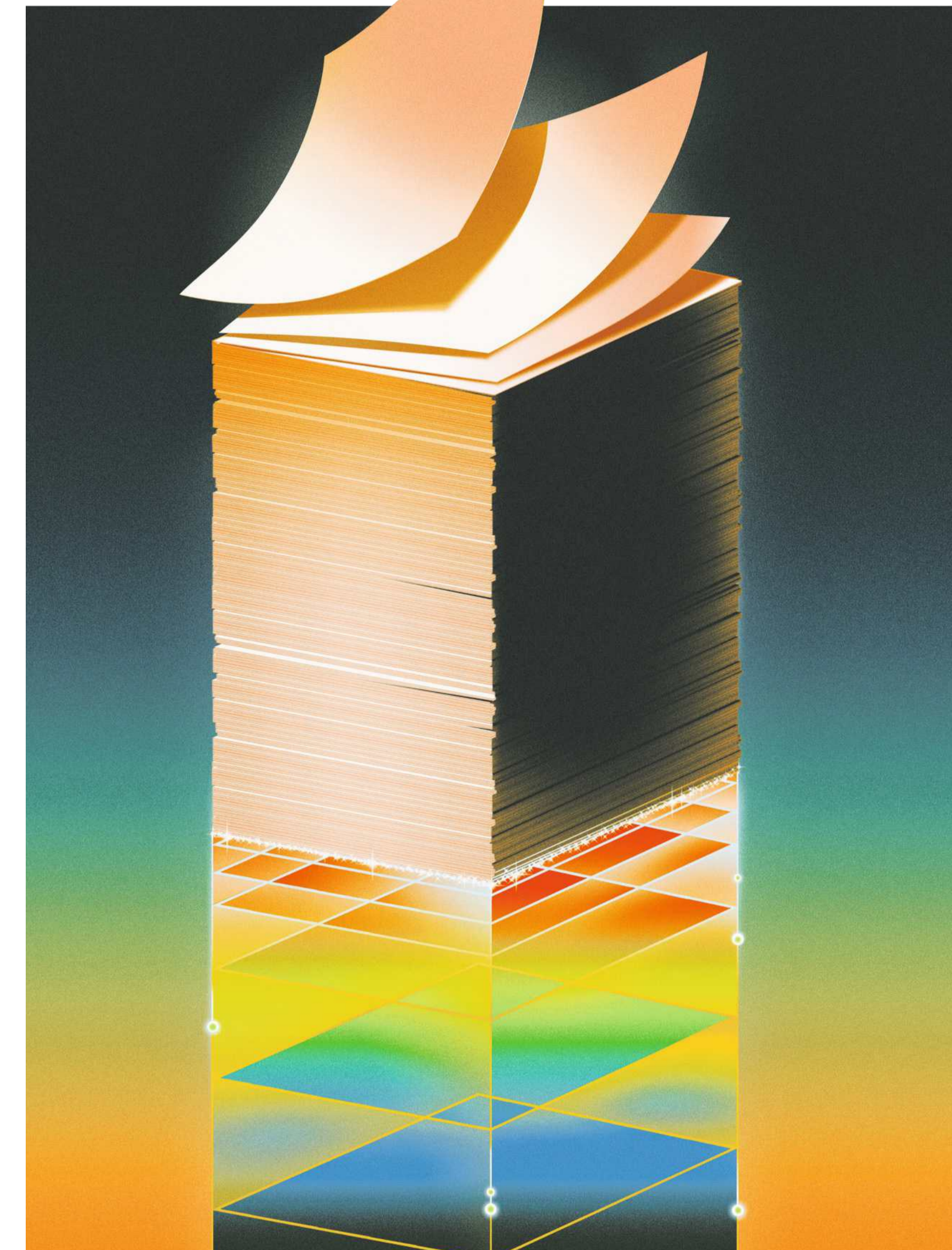


Illustration: Samedio Rybak für DIE ZEIT

Was kann alles weg?

Eine überbordende Verwaltung ist vielen ein Dorn im Auge. Die »Arena Analyse« 2025 fragt nach, wie eine Bürokratie regulieren kann, ohne alle zu nerven VON WALTER OSZTOVICS

mühsame Prozesse, bei denen sich immer mehr Unternehmen ratlos fragen, wie sie das stemmen sollen, noch dazu im globalen Wettbewerb mit Volkswirtschaften, die sich anscheinend nichts dergleichen antun, allen voran China und die USA. Eine der Ursachen für das Eskalieren des Unmuts über die Bürokratie liegt tatsächlich im raueren Wind auf dem Weltmarkt. Europas Industrie muss sich auf Handelskriege an mehreren Fronten einstellen. In den USA will Präsidentenberater Elon Musk ungefähr 40 Prozent aller Regeln abbauen. Selbst wenn das nur

zum Teil gelingt, würden Europas Mitbewerber unter deutlich geringeren Auflagen produzieren.

Paradoxiere stellt ausgerechnet jener Wettbewerb, der sich durch die Bürokratie so sehr behindert sieht, eine der wichtigsten Quellen für bürokratische Vorschriften dar. Märkte könnten ohne ein Korsett von Regeln nicht funktionieren, das zeigt sich derzeit etwa bei der Internetwirtschaft. Dort fordern alle Expertinnen und Experten einhellig mehr Regelung – in Bezug auf Fake-News in sozialen Medien bis zur künstlichen Intelligenz.

Doch der Versuch, faire Bedingungen für alle zu schaffen, geht oft nach hinten los. Die EU-Richtlinie gegen Greenwashing soll verhindern, dass Produkte als »nachhaltig« oder »klimafreundlich« angepriesen werden, ohne es tatsächlich zu sein. Um Trittbrettfahrer abzuhalten, wurden aber die Auflagen für Zertifizierungen so hoch angesetzt, dass sich kleinere Unternehmen die Gütesiegel nicht leisten können, obwohl sie die Voraussetzungen erbringen würden. Die Bürokratie steht ihren eigenen Zielen im Weg, wie schon der im Jahr 2009 verstorbene Soziologe

und zeitweilige EU-Kommissar Ralf Dahrendorf einmal resignierend festhielt: »Wir brauchen Bürokratie, um unsere Probleme zu lösen. Aber wenn wir sie erst haben, hindert sie uns, das zu tun, wofür wir sie brauchen.«

Das liegt unter anderem daran, dass neue Bestimmungen stets von Vertretern der Administration erdacht werden und nur selten von den Betroffenen. Die damit verbundenen Mühen werden folglich der Wirtschaft oder den Bürgern aufgelastet und kaum je den Behörden selbst. Beispiel Lieferkettengesetz, dessen Einführung auf 2026 verschoben wurde: Warum kann nicht eine EU-Behörde die Zuverlässigkeit von Lieferanten pauschal für alle prüfen, statt dass Dutzende europäische Unternehmen immer wieder dieselben paar Textilfabriken in Bangladesch überprüfen müssen? Manche Berichtspflichten wären völlig entbehrlich, wenn sich die Behörden die Mühe machten, ohnehin vorhandene Daten zu nutzen, statt sie den Unternehmen jedes Mal aufs Neue abzuverlangen. Warum müssen zum Beispiel bei Bauvorhaben dieselben Pläne und Dossiers bei Gemeinden, Ländern, Förderstellen und Behörden immer wieder neu vorgelegt werden?

Vorschriften sollten ein Ablaufdatum haben

Dass manche Vorschriften zunächst einmal den Behörden nützen, zeigt sich besonders deutlich beim österreichischen Gewerbeamt. Wer Kleinunternehmer fragt, stößt sofort auf einen reichen Schatz an Beispielen, wo Geschäftsinhaber gleich am ersten Tag der Eröffnung saftige Strafen kassierten, weil irgendwelche obskuren Schilder noch nicht montiert oder vorgeschriebene Beschriftungen um einen Millimeter zu klein waren. Droht bei derart kleinteiligen Verstößen wirklich Gefahr für die Konsumenten? Sollte man nicht überprüfen, ob alle diese Vorschriften wirklich noch nötig sind? Ein Teilnehmer des Expertenpanels sagt: »Bürokratische Vorschriften sollten sich immer wieder die Sinnfrage gefallen lassen. Was wäre schlechter, wenn wir diese Regel gar nicht hätten?«

Vorschriften sollten ein Ablaufdatum haben, meinen auch die Expertinnen und Experten der *Arena Analyse*. Wenig Erfolg versprechen dabei aber pauschal-undifferenzierte Ansätze. Die »Demontage mit der Kettensäge«, wie sie dem argentinischen Staatspräsidenten Javier Milei vorschwebt, oder das One-in-one-out-Prinzip (für jede neue Regelung muss eine bestehende abgeschafft werden) können nicht sicherstellen, dass die ineffizienten oder wirkungslosen Vorschriften gekappt werden. Stattdessen sollten Kriterien für die Sinnhaftigkeit definiert und überprüft werden, fordert der Chef des Wirtschaftsforschungsinstituts (Wifo), Gabriel Felbermayr: »Bei jeder neuen Regulierung sollte man sich schon vorher überlegen: Wie kommen wir zu den Daten, mit denen wir in fünf Jahren evaluieren, ob die Vorschrift gewirkt hat?« Nur wenn die Prüfung positiv ausfällt, darf die Regelung verlängert werden, sonst läuft sie aus.

Das genannte Beispiel mit dem Gewerbeamt wirft noch eine andere Frage auf: Wäre es nicht sinnvoller, wenn die Behörden die Ladenbetreiber aufklärten oder allenfalls rügten und sie so unterstützen, allfällige Mängel zu beheben? Sollten die Ämter nicht lieber als Servicestellen fungieren statt als strafende Sherriffs? Das ist die Idee hinter dem Konzept der kooperativen Regulierung: Regeln sollten von den Betroffenen selbst erstellt werden, in Zusammenarbeit mit den Behörden, und nicht wie derzeit unter Misstrauensvorschuss von Beamten, die das Feld, das sie regulieren sollen, gar nicht kennen.

Auch dafür gibt es bereits Vorbilder, nämlich die skandinavischen und die baltischen Länder. Trotz vergleichbar hoher Regulierungsdichte herrscht dort weit weniger Unmut darüber als etwa in Österreich oder Deutschland. Es kommt nämlich weniger auf die Anzahl der Vorschriften an als auf den Aufwand und die Kosten der Einhaltung. Auch im Norden Europas sind etwa für Bauprojekte oder Unternehmensgründungen zahlreiche Genehmigungsverfahren nötig, doch sie dauern ungleich kürzer. Die Beamten sehen zudem das Auftreiben der nötigen Daten als Holschuld, dank Digitalisierung müssen etablierte Prozesse nicht ständig neu erfunden werden.

Wenn also in Österreich und in den EU-Institutionen wieder einmal Bürokratie-Abbau versprochen wird, dann sollte das Ziel »bessere Bürokratie« und nicht unbedingt »weniger Bürokratie« lauten – so der Rat des 54-köpfigen *Arena Analyse*-Panels.

Eine kleine Nachricht zum Jahresbeginn sollte zudem selbst die grimmigsten Kritiker der EU-Bürokratie überzeugen, dass neue Vorschriften auch ihr Gutes haben können: Dank der Verordnung 2022/2380 gibt es für Elektrogeräte jetzt endlich einheitliche Ladekabel.

Die Arena Analyse

Die »Arena Analyse« wird seit 2006 vom Wiener Beratungsunternehmen Kovar & Partners in Zusammenarbeit mit der ZEIT und der Tageszeitung »Der Standard« durchgeführt. Ziel der Studie ist es, anhand von Expertenbefragungen kommende Trends aufzuspüren und ihre Hintergründe auszuleuchten

Die Expertinnen und Experten:

Ulrich Brand, Fritz Breuss, Barbara Coudenhove-Kalergi, Thorsten Eder, Michael Eipeldauer, Gerhard Eisl, Claus Faber, Franz Fischler, Martin Fuchs, Michael Gerbavits, Martin Gerzabek, Thomas Goiser,

Wolfgang Gratz, Markus Gratzner, Kurt Guwak, Julian Hadschieff, Herwig Hösele, Sabine Jungwirth, Ferdinand Kaineder, Helmut Karas, Matthias Karmasin, Klaus Kastenhofer, Silvia Kaupa-Götzl, Monika Köppl-Turyna, Thomas Kratky, Franz Kühmayer, Alois Leidwein, Christoph Leitl,

Elisabeth Mayerhofer, Christoph Neumayer, Willi Nowak, Verena Nowotny, Georg Oberhaidinger, Gebhard Ottacher, Martina Pecher, Georg Reischauer, Sieglinde Rosenberger, Walter Säckl, Günther Schebeck, Michael Schiebel, Gabriele Schmid, René Schmidpeter,

Florian Schnurer, Georg Schöppl, Margit Schratzenstaller-Altzinger, Alois Schrems, Ursula Seethaler, Robert Seyfriedsberger, Elisabeth Stampfl-Blaha, Martin Stanits, Michael Staudinger, Jürgen Turek, Gabriela Untergrabner, Maximilian Urban, Marina Wittner